

**Autor:** Müller, Christoph  
**Seite:** 16  
**Ressort:** Kreis und Kommune

**Gattung:** Wochenzeitung  
**Jahrgang:** 2012  
**Nummer:** 38

# Pflegestrategie der Landesregierung

Angebot ist derzeit gut, mehr Geld und neue Schwerpunkte sind aber nötig

**Angesichts des demografischen Wandels steht der Pflegebereich vor großen Veränderungen. Im Etat sind unter anderem die Mittel zur Betreuung Pflegebedürftiger in ihrem häuslichen Umfeld aufgestockt worden. VdEK und Wohlfahrtswerk halten das Angebot im Südwesten für gut – aber ausbaufähig.**

Stuttgart. 3,2 Millionen Euro – für einen Einzelnen ist das viel Geld, im Etat des Landes mit seinen rund 40 Milliarden Euro ist das weniger als ein Zehntausendstel. Und doch sind die Mittel, die für die „Förderung von Maßnahmen im Vor- und Umfeld von Pflegebedürftigkeit“ ausgegeben werden, nach Meinung des Sozialministeriums bedeutsam, weil sie eine neue Schwerpunktsetzung anzeigen. Denn der Betrag ist 40 Prozent höher als noch im Jahr 2011 – und signalisiert, wohin die Reise gehen soll.

**Ausbau bürgerschaftlicher Hilfe für Pflegebedürftige wird angestrebt**

„In Baden-Württemberg gibt es in der ambulanten Pflege noch einen großen Nachholbedarf“ – diese Feststellung im grün-roten Koalitionsvertrag 2011 klingt wie ein Auftrag, das Angebot in diesem Bereich zu erweitern. Und das geschieht derzeit. „Ministerin Altpeter ist zufrieden, dass es ihr für den Haushalt 2013/2014 gelungen ist, diesen deutlich erhöhten Haushaltsansatz beizubehalten“, teilt eine Ministeriumssprecherin mit, „und damit den kontinuierlichen Auf- und Ausbau dieser für die häusliche Versorgung so wichtigen Versorgungsstruktur weiterzuentwickeln.“ Dabei kommt die Aufstockung der Mittel ausschließlich dem zweiten der beiden Pflegebereiche – Familienpflege

und Dorfhilfe einerseits, Betreuungsangebote Demenz, Initiativen Bürgerengagement in der Pflege sowie entsprechende Modellvorhaben andererseits – zugute: Durch eine Co-Finanzierung der Pflegekassen wird dieser Betrag, der zwei Millionen Euro umfasst, nochmals verdoppelt.

„Alle Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, sollen so lange, so selbstbestimmt und so würdevoll wie möglich zuhause leben können“, erklärte Sozialministerin Katrin Altpeter vergangene Woche bei einer Veranstaltung des SPD-Kreisverbands Ortenaukreis.

Altpeter will neben professionellen Pflegeangeboten auch bürgerschaftlich organisierte Initiativen stärken – und eben in diese Richtung gehen die erwähnten Mittelverschiebungen. Darüber hinaus setzt Altpeter auf den Ausbau von Seniorennetzwerken, deren Mitglieder die Pflegebedürftigen etwa beim Spaziergang oder beim Gang zum Arzt begleiten. Gemeinsam mit den Kommunen und den Pflegekassen will das Land Pflegebegleiter-Initiativen einrichten, die Angehörigen als Anlaufstelle dienen sollen. Große Hoffnungen setzt die Regierung zudem auf neue Wohnformen „für Menschen mit Betreuungs-, Unterstützungs- und Pflegebedarf“.

**Wohlfahrtswerk regt spezielle Wohnbauförderung an**

Frank Winkler, Pressesprecher des Verbands der Ersatzkassen in Baden-Württemberg, lobt das Angebot: „Mit 1250 ambulanten Pflegediensten in Baden-Württemberg verfügen wir über eine gute, qualifizierte und auch flächendeckende Versorgung im Land.“ Allerdings änderten sich Haushalts- und

Familienstrukturen – mit der Folge, „dass die alten Menschen künftig weniger Unterstützungsleistungen aus dem unmittelbaren familiären Kreis erwarten können als heute.“

Ingrid Hastedt ist Vorsitzende des Wohlfahrtswerks für Baden-Württemberg. Im Vergleich mit anderen Bundesländern sieht sie den Südwesten gut aufgestellt – gerade, was den Verbleib Pflegebedürftiger in der gewohnten Umgebung betrifft, was durch ehrenamtliche Gruppenangebote ermöglicht werde: „Man engagiert sich von landespolitischer Seite für die niederschwellige Betreuung“. Auch bei der Beratung „ist man in Baden-Württemberg gar nicht so schlecht aufgestellt“, sagt Hastedt und verweist auf die hohe Zahl der Pflegestützpunkte: „Da findet man in manch anderem Bundesland nicht halb so viele.“

Das bedeutet freilich nicht, dass keine Wünsche offen wären. Entscheidend beim Thema Verbleib im Alter sei die Gestaltung der Wohnung und des Wohnumfelds.

Vielversprechende Ansätze zur Förderung betreuten Wohnens in den 1990er-Jahren seien aber nicht weiterverfolgt worden, bedauert die Vorsitzende des Wohlfahrtswerks: „Seit diese spezifische Wohnungsbauförderung wieder weg ist“, so Hastedt, „ist in Richtung Wohnraum für Ältere, der barrierefrei ist, eigentlich nichts mehr zu verzeichnen gewesen“. Man darf gespannt sein, ob es der Ministerin gelingen wird, in künftigen Haushalten für solche Maßnahmen Geld herauszuschneiden – oder gar die Kommunen dazu zu bewegen, dafür Geld in die Hand zu nehmen.

**Wörter:** 594